

Kurt Hübner / Michael Stanger
Schwierigkeiten der Begründung alternativer Wirtschaftspolitik
Zur Kritik der Position der Sozialistischen Studiengruppen (SOST)

Vorbemerkung

In dem folgenden Beitrag ist eine kritische Auseinandersetzung mit dem wirtschaftspolitischen Alternativprogramm der Sozialistischen Studiengruppen beabsichtigt. Seitdem das Memorandum im Krisenjahr 1975 erstmals Vorschläge für eine »alternative Wirtschaftspolitik« vorgelegt hatte, die sich in einen deutlichen Widerspruch nicht nur zu den von neoklassisch-konservativem Denken geprägten Empfehlungen des Sachverständigenrats, sondern auch zu der von der Schmidt-Regierung primär an Inflationsbekämpfung und Sicherung der internationalen Konkurrenzfähigkeit ausgerichteten Restriktionspolitik begaben, ist innerhalb der gewerkschaftsorientierten Linken eine lebhaftere Debatte um die Möglichkeiten einer Veränderung der Wirtschaftspolitik im Interesse der lohnabhängigen Bevölkerung entflammt.

Der Beitrag der SOST zu dieser Diskussion, die auch in den Gewerkschaften verstärkt Eingang gefunden hat, zielt in erster Linie auf eine Verständigung der Linken auf eine sozialistische Alternative. An diesem Anspruch soll daher in den nachstehenden Ausführungen ihr Programmvorschlag gemessen werden. Unsere Kritik vollzieht sich in drei Schritten. Zunächst fragen wir, wie die SOST das zentrale Problem der Verknüpfung von Kurz- und Langfristforderungen in der Konzipierung einer alternativen Wirtschaftspolitik zu lösen versuchen. Anschließend beschäftigen wir uns mit der Hauptthese des von den Autoren entwickelten Transformationskonzepts, daß eine *sozialistische* Wirtschaftspolitik maßgeblich den Ausbau der »produktiven Basis« der Gesellschaft bzw. der »materiellen Produktion«, der sog. Industrie, zu betreiben habe. Im dritten und letzten Schritt gehen wir auf die strategisch-politische Option ein, die die SOST auf Basis einer Einschätzung der sozialen Einflußchancen der Linken mit ihrem programmatischen Verständigungsvorschlag verbinden.

I

Worum es den Studiengruppen in ihrem *inhaltlichen* Beitrag zur wirtschaftspolitischen Alternativdiskussion in der BRD wesentlich geht, verdeutlicht ihre Kritik an vorhandenen Ansätzen. Da »die Forderung nach einer Veränderung der Wirtschafts- und Sozialpolitik im Interesse der Lohnabhängigen auch den politischen Bruch mit dem System der Marktwirtschaft impliziert (und) deshalb im Kern eine antikapitalistische Option bedeutet...«/SOST 1980a, 81/ muß in der positiven Ausarbeitung dieser Option zentral das Verhältnis von qualitativen Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturen der Produktion und unmittelbarer Befriedigung konkreter Interessen und Bedürfnisse, welche die

Beseitigung aktueller sozialer Mißstände einschließt, bestimmt werden/ vgl. ebd. / . Mit dem Vorwurf, daß dieses Problem in der wirtschaftspolitischen Alternativdiskussion nur unzureichend berücksichtigt worden sei, berühren die Studiengruppen in der Tat ein Defizit, auf das bereits Altwater/Hoffmann/Semmler in ihrer Auseinandersetzung mit der Position des Memorandums aufmerksam gemacht haben. Insoweit das Memorandum 1978 auf der Basis seines krisenanalytischen Ansatzes (Unterkonsumationstheorie)¹ im wesentlichen eine Politik der Nachfrageexpansion fordert, die sowohl durch eine entsprechende Finanzpolitik des Staates als auch durch eine aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften getragen werden soll, verbleibt es innerhalb des beschränkten Horizonts keynesianischer Nachfragesteuerung. Da sich die Autoren jedoch der vielschichtigen Begrenztheit keynesianischer Maßnahmen durchaus bewußt sind, werden gleichzeitig Forderungen (Rahmenplanung, Investitionslenkung, Vergesellschaftung marktbeherrschender Unternehmen und strategischer Schlüsselindustrien) erhoben, die perspektivisch auf eine qualitative Veränderung der kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen und -ordnung abstellen. Die »Dichotomie von Kurz- und Langfristforderungen« /Ernst-Poerksen 1980, 176/ bleibt indes weitgehend bestehen, denn dem Memorandum gelingt es nicht, über eine Analyse von Zwischenschritten, politischen Durchsetzungsstrategien und sozialen Handlungsbedingungen beide Seiten zu vermitteln. Wenn als Voraussetzung für die Realisierung alternativer Wirtschaftspolitik eine »breite Mobilisierung der Bevölkerung für eine demokratische Wende« angestrebt wird, so handelt es sich zunächst um ein bloßes Postulat. Um deshalb den Modellcharakter wirtschaftspolitischer Alternativentwürfe aufzulösen, ist es nach Altwater u.a. notwendig, »daß sie auf *Erfahrungen* von Arbeitern und ihren Organisationen, vor allem also die Gewerkschaften, bezogen werden« /Altwater et.al. 1979,68/ .

Dies könnte durch »produktionsbezogene Forderungen und Kontrollen« (z.B. der betrieblichen Investitionen sowie Rationalisierungs- und Umstrukturierungsprozesse) geschehen, die den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital im Betrieb selbst thematisieren/ vgl. ebd., 66 / und daher tendenziell auf eine *Politisierung* des privat-ökonomischen Entscheidungskalküls der Unternehmen zielen. Eine reale Basis dafür bieten die in den Gewerkschaften, in erster Linie in der IG-Metall, entwickelten und auch praktizierten tarifpolitischen Strategien, die sich nicht mehr nur allein oder vorwiegend auf den Verteilungskonflikt (Lohnkampf) konzentrieren, sondern auch verstärkt die Probleme kapitalistischer Arbeitsorganisation –des »wie produzieren«– aufgreifen und in der Konsequenz auf »eine von Arbeiterinteressen geprägte Alternative zur vorherrschenden Verwertungsrationalität« /Funke 1978,81/ gerichtet sind. Die konzeptionelle Ausarbeitung einer solchen Alternative, die natürlich nicht auf die Betriebsebene beschränkt bleiben kann, »*darf aber (wie dies die Unterkonsumtionstheorie impliziert) den Arbeitnehmer nicht allein als Konsumenten begreifen, sondern muß ihn als Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums zum Ausgangspunkt der Analyse machen*« /Altwater et.al. 1979,67f. / .

Es ist nicht Aufgabe dieses Artikels, die Grundlinien eines solchen Konzepts zu entwickeln und zu konkretisieren, uns interessiert vielmehr die Frage, wie die SOST das Problem der Dichotomie von Kurz- und Langfristforderungen zu lösen versuchen. Die Antwort ist verblüffend. Wie schon Ernst-Poerksen verdeutlicht hat, geht es den SOST in ihrem Vorschlag weniger um eine konkrete Alternative zur praktizierten Wirtschaftspolitik in der BRD, eine Alternative, deren weiterreichende Perspektiven es auf die Erfahrungen und Willensbildungsprozesse in den Gewerkschaften zu beziehen gelte, sondern um einen »alternativen Typ ökonomischer Entwicklung«, der »die kapitalistische Form der Abstimmung

von Produktion und Konsumtion als herrschendes Prinzip ... zugunsten bewußt-gesellschaftlicher Formen der Regulierung« /SOST 1980a, 83/ ablöst.

In ihren programmatischen »Leitsätzen« haben die Studiengruppen die zentralen Elemente eines solchen »alternativen Typs«, m.a.W. einer sozialistischen Produktionsweise, näher ausgeführt: »Mit einem öffentlichen Sektor, über den sich die demokratisch bestimmte gesellschaftliche Planung ein Übergewicht verschafft und durch die Demokratisierung der wirtschaftlichen Entscheidungsstrukturen läßt sich ein verbindlicher volkswirtschaftlicher Rahmenplan erstellen, der über die planmäßige Entwicklung und Kontrolle der Investitionstätigkeit einerseits und durch konsensuale Prioritätensetzung über das »was, wie und für wen« der Produktion andererseits Angebot und Nachfrage aufeinander abstimmt« / SOST 1980d,31/.

Diese drei Elemente bilden in der Konzeption der Studiengruppen eine unauflösbare Einheit: da der strukturelle Unterschied zwischen kapitalistischem und sozialistischem Wirtschaftssystem nach Marx in der bestimmten Form der Gesellschaftlichkeit der Arbeit liegt, reichen ein öffentlich-gemeinwirtschaftlicher Sektor und eine imperative Rahmenplanung, die beide im SOST-Modell den Markt als Instrument der freien Konsumwahl und als Mechanismus der differenzierten Ressourcenallokation keineswegs vollständig beseitigen sollen, nicht aus, vielmehr sind demokratische Formen der Willensbildung auf *allen* Ebenen der Gesellschaft entscheidend notwendig, um »eine *bewußte* Reorganisation der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in die Wege (zu)leiten«/ebd.,40/. Der »sozialisierte« Bereich bleibt allerdings das »Zentrum, auf das alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik bauen bzw. orientieren kann«/ebd.,33/. In diesem Satz wird der Kardinalfehler der Studiengruppen schlagend deutlich: Alternative Wirtschaftspolitik setzt im Vorschlag der SOST zu ihrer Realisierung die Transformation der kapitalistischen Gesellschaft immer schon voraus. Die ganze Aufmerksamkeit der Autoren richtet sich denn auch auf die zu ergreifenden Schritte einer Wirtschafts- und Sozialpolitik *im* Sozialismus, deren Träger indes erst noch geschaffen werden muß. Wenn Ernst-Poerksen daher meint, die »Leitsätze« seien »eher als Diskussionsbeitrag zur Programmatik einer sozialistischen Partei zu verstehen«/ders.1980,177/, so ist zu antworten, daß auch und erst recht eine solche Partei, deren soziale Existenzchancen wir gegenwärtig in der Bundesrepublik nicht zu erkennen vermögen(s.III), sich dem »Dichotomieproblem« stellen muß. Der Vorschlag der SOST enthält dazu keine Lösung. Stattdessen werden kurzfristige Initiativen zur Beseitigung aktueller Mängel schematisch an die Durchsetzung eines alternativen Typs ökonomischer Entwicklung gekoppelt. Mit dieser Vorgehensweise reihen sich die »Leitsätze« der Studiengruppen in die schlechte Tradition abstrakt-revolutionärer Strategieentwürfe ein, die die Lösung unmittelbarer sozialer Probleme und Mißstände stets in die sozialistische Zukunft verweisen. Die angestrebte »Massenwirksamkeit werden sozialistische Vorstellungen in der BRD...«/SOST 1980a,80/ auf diese Weise jedoch *nicht* erreichen, da der Bezug der sozialistischen Perspektive auf die Krisenerfahrungen und Interessen der Betroffenen fehlt. Es ist Ernst-Poerksen denn auch zuzustimmen, wenn er den Kardinalfehler der »Leitsätze« mit dem Satz beschreibt, »daß sie die 'konkrete Alternative', auf die sie orientieren wollen, verwechseln mit der Skizzierung einer 'alternativen Zukunft'«/ders.,1980,179/, -ohne auch nur ansatzweise den Versuch einer Vermittlung beider Seiten zu unternehmen. Der Verzicht der Studiengruppen auf eine Lösung dieses Problems erscheint um so befremdlicher, als gerade nach ihrer - von uns im Grundsatz geteilten - Auffassung in den Gewerkschaften unter dem Druck der ökonomischen Entwicklung ein, obgleich widersprüchlicher

und von Rückschritten begleiteter, Prozess der Reorientierung in Gang gekommen ist (s.III), welcher einen durchaus praxisrelevanten Bezugspunkt für die nach wie vor akademisch geprägte wirtschaftspolitische Alternativdiskussion in der BRD bezeichnet. Will man diesen akademischen Charakter aufheben, so muß jedoch bereits in der theoretischen Konzipierung alternativer Wirtschaftspolitik an den ökonomisch-sozialen Krisenproblemen und ihrer politischen Reflektion in den Gewerkschaften *hier und heute* angesetzt werden. Wenn die SOST mit Recht davon ausgehen, »daß die Forderung nach einer Veränderung der Wirtschafts- und Sozialpolitik im Interesse der Lohnabhängigen auch den politischen Bruch mit dem System der Marktwirtschaft impliziert«/SOST 1980a,81/ dann ist diese verborgene Konsequenz aus einer konkreten Analyse der *Grenzen* »systemimmanenter« Lösungstrategien der ökonomisch-sozialen Krise positiv zu entwickeln. Der allgemeine Hinweis, daß der vom DGB proklamierte Begriff des »Rechts auf Arbeit« –ähnlich wie die Kallecki-Konzeption des »Vollbeschäftigungskapitalismus«– im Grunde ein kontradiktorischer Übergangsbegriff sei, reicht dazu nicht aus.

II

Wenn die SOST davon ausgehen, daß »schon die kurzfristigen Maßnahmen ...Veränderungen in der Struktur der Produktion« –im Sinne einer »bewußten Planung«(d.V.)– voraus(setzen)« (SOST 1980d,19), so wird das Kardinalproblem sozialistischer Strategie: »die Frage der *dialektischen Beziehung* von 'Endziel' und 'Bewegung'« (Lukacs 1970,454;Herv. d.V.) in theoretischem Voluntarismus übersprungen. Die Unfähigkeit, diese Frage zu beantworten, führt entweder zu Reformismus oder Maximalismus, die lediglich »zwei Seiten ein und desselben Phänomens (sind): der *Trennung* des Endziels vom Tageskampf...« (Basso 1969,47;Herv. d.V.) Zwar reflektiert eine solche Trennung immer auch die Realität der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die Praxis und den Stand der Klassenkämpfe, eine »sozialistische Alternative« muß indes –mit Blick auf die strukturelle Widersprüchlichkeit des Arbeiterbewußtseins und ihre historisch-konkrete Ausprägung (vgl.Anm. 1)– bereits konzeptionell den Versuch ihrer Aufhebung leisten. Das Unvermögen der Studiengruppen, dieses Problem, das die Geschichte der Arbeiterbewegung bekanntlich wie ein roter Faden durchzieht, zumindest als solches zu *erkennen*, wenn schon nicht zu »lösen«, nimmt den »Leitsätzen« weitgehend die politische Mobilisierungsfähigkeit.

Sie sind deshalb jedoch nicht absolut irrelevant. Da sie, indem sie »alle Aspekte unter dem Blickwinkel der Veränderung wirtschaftlicher und sozialer Kernstrukturen« (SOST 1980,d,13) betrachten, letztlich den Strukturentwurf einer sozialistischen Ökonomie intendieren, könnten sie zur Klärung des in der westdeutschen Linken unverändert diffusen Verständnisses von Sozialismus beitragen. Dies betrifft zumindest den Teil der BRD-Linken, für den der »real existierende Sozialismus« aufgrund seiner bürokratisch-etatistischen Praxis, die angesichts der unmittelbaren Nachbarschaft der DDR politisch äußerst schwer wiegt, endgültig jede Faszinationskraft verloren hat. Ob die »Leitsätze« den Ansprüchen eines sozialistischen Transformationsprogramms, die Korsch primär in der Entwicklung einer »ausreichenden Konstruktionsformel für die Organisation der Volkswirtschaft« (Korsch 1974,18,zitiert nach Novy 1979, 476) sieht, in den von ihnen benannten »Grundpositionen« genügen, sei dahin gestellt. Unser Interesse richtet sich auf einen zentralen Punkt des

Verständigungsvorschlags der SOST, der seine mögliche Bedeutung für die konzeptionelle Ausarbeitung einer sozialistischen Alternative in der Bundesrepublik nochmals mindert.

1. Ausdehnung der »produktiven Basis« als Ziel sozialistischer Wirtschaftspolitik?

Es handelt sich um die These, daß »eine sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik... nur dann eine Chance der Verwirklichung (hat), wenn die *Ausdehnung der produktiven Basis der Gesellschaft* wesentliches Ziel aller Umgestaltungsmaßnahmen ist« (SOST 1980a, 82; Herv. d.V.). Die naheliegende Frage, was man unter »produktiver Basis« zu verstehen habe, wird zunächst wie folgt erläutert:

»Ein sozialistisches Programm geht von der Stärkung der produktiven reichumschaffenden Basis der Gesellschaft aus und zielt auf die Angleichung und Hebung des Lebensstandards von sozial schwächer gestellten Teilen der Bevölkerung, insbesondere Teile der Lohnabhängigen. Aber eine sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik kann nicht einfach die Interessen der Industriearbeiter als Maßstab der gesellschaftlichen Entwicklung setzen. Die Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse und die Linderung der sozialen Mißstände für die benachteiligten Schichten der Bevölkerung schließt *keine automatische Verbesserung* (Herv. im Original, d. V.) der Lebensverhältnisse in abgeleiteten Lebenssphären der Gesellschaft ein« (ebd., 84).

Welche abgeleiteten 'Lebenssphären' gemeint sind, verdeutlichen die folgenden Sätze:

»Der Rest der Bevölkerung ... bekommt die Auswirkungen der Umstellung in den Produktionsstrukturen nur vermittelt über seine abgeleiteten Einkommen zu spüren. Am gewichtigsten sind hier die lohnabhängigen Mittelklassen und die Rentner. Beide erhalten ihr Einkommen nicht geschenkt, sondern die einen, weil sie dafür arbeiten, die anderen, weil sie dafür gearbeitet haben. Aber beide stehen in einem anderen Verhältnis zur Produktion des Reichtums als die produktiven Lohnarbeiter - der Fluß ihres Einkommens hängt von dem primären Sektor ab« (ebd.).

Soweit diese Formulierung einen Sinn ergeben soll, muss man zu dem Schluß kommen, daß nach Ansicht der Studiengruppen sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik entscheidend mit dem Strukturverhältnis von produktiver und unproduktiver Arbeit im System der Gesamtarbeit konfrontiert ist. In der Tat lesen wir:

»Eine sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik zielt auf ...eine *Beendigung der Anarchie* (Herv. im Original, d.V.) von produktiven und abgeleiteten Sphären der Gesellschaft...« (ebd., 83).

Die SOST gehen also offenbar davon aus, daß das Verhältnis von produktiver und unproduktiver Arbeit in der sozialistischen Transformationsperiode, in der das Wertgesetz und die kapitalistische Verwertungslogik durch 'bewußt-gesellschaftliche Formen der Regulierung' der Produktion abgelöst ist, unverändert Gültigkeit besitzt. An die Stelle einer 'anarchischen' tritt eine geplant-kontrollierte Beziehung. Wie ein theoretischer Zirkel, der die Marxschen Kategorien von produktiver und unproduktiver Arbeit mit kapitalexegetischer Akribie - exemplarisch an den Schriften des Projekts Klassenanalyse (PKA) nachvollziehbar - rezipiert hat, zu einer derart absurden Auffassung kommen kann, ist uns absolut unverständlich.

Wir beabsichtigen an dieser Stelle keine begriffliche Ableitung von produktiver und unproduktiver Arbeit im Rahmen der Marxschen Darstellungssystematik. Dies ist bereits mehrfach, wenn auch nicht immer ohne Mißverständnisse, in der marxistischen Diskussion

geleistet worden. Eine knappe Rekapitulation der wesentlichen Bestimmungen und Zusammenhänge muß genügen.

Die Bestimmung von produktiver Arbeit als kapitalverwertender, d. h. mehrwertproduzierender Arbeit ergibt sich vom Standpunkt nicht des einfachen Arbeits-, sondern des kapitalistischen Produktionsprozesses (s. MEW 23, 196).²

Kapitalistische Produktion, Produktion von Mehrwert, unterstellt das Kapitalverhältnis, auf dessen Grundlage erst Waren- und Wertproduktion und ihre strukturellen Bedingungen – Arbeitsteilung und Privatproduktion – universell entwickelt sind.

»Die bestimmte Form, worin sich die gesellschaftliche Arbeitszeit im Wert der Waren als bestimmend durchsetzt, hängt mit der Form der Arbeit als Lohnarbeit und der entsprechenden Form der Produktionsmittel als Kapital insofern zusammen, als nur auf dieser Basis die Warenproduktion zur allgemeinen Form der Produktion wird« (MEW 25, 889).

Die werttheoretische Unterscheidung von produktiver, d. h. mehrwertsetzender Arbeit und unproduktiver Arbeit,³ die keinerlei Wert produziert und folglich aus dem von den produktiven Arbeiten erzeugten Fonds bezahlt werden muß, besitzt ausschließlich für diese auf dem Wert- und Verwertungsgesetz gegründete Produktionsweise des Kapitals Gültigkeit. Unter den historischen Bedingungen einer warenproduzierenden kapitalistischen Gesellschaft, in der der Arbeitsprozeß eine Funktion des Kapitals darstellt, gilt, daß das von den produktiven Lohnarbeitern des Kapitals erzeugte Wertprodukt ($v + m$) nach Abzug des in den Zirkulationsfunktionen angelegten 'konstanten Kapitals' und des Akkumulationsfonds in die *Primärrevenue* der beiden Hauptklassen (Lohn der produktiven und unproduktiven Arbeiter des Kapitals und Konsumtionsfonds der Kapitalisten) und die *sekundären Revenue* der (unproduktiven) Lohnarbeiter des Staates und der privaten Haushalte zerfällt (PKA 1977; Stamatis 1977). Würde man die Sphären des zinstragenden und fiktiven Kapitals in die Betrachtung einbeziehen, so ließe sich mit Rücksicht auf die in der Konkurrenz gegebene Trennung des (in der Produktion und Zirkulation fungierenden) Gesamtkapitals in industrielles und kommerzielles Kapital zeigen, daß alle unproduktiven Bereiche in der kapitalistischen Gesellschaft über komplizierte Mechanismen (Bildungsprozeß der Durchschnittsprofitrate, Kredit- und Steuersystem) an der Verteilung des gesellschaftlichen Mehrwerts teilnehmen. Der Expansion dieser von der amtlichen Statistik mehrheitlich dem sog. tertiären Sektor zugeschlagenen Sphären (Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe, private und staatliche Dienstleistungen) sind dementsprechend angebbare Grenzen gesetzt. Eine schrankenlose Ausdehnung dieser Bereiche, wie es z.B. die Drei-Sektoren-Hypothese der bürgerlichen Nationalökonomie postuliert, ist in der kapitalistischen Produktionsweise nicht möglich, denn ihr proportioneller Anteil am gesellschaftlichen Wertprodukt beruht einheitlich – ungeachtet der unterschiedlichen Mechanismen der Abschöpfung – auf Abzügen eines Teils des im industriellen Kapitalsektor, der produktiven Basis der kapitalistischen Gesellschaft, erzeugten Mehrwerts. Grundlage der Ausdehnung dieser unproduktiven Sphären ist die im Akkumulationsprozeß des industriellen Kapitals forcierte Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, die durch Verkürzung der notwendigen Arbeit die Mehrarbeit der produktiven Arbeiter und folglich die Mehrwertmasse (Produktion von relativem Mehrwert) steigert. Zwar wird im Verlauf des Produktivitätsfortschritts, soweit er die 'Lohnwaren' (Konsumtionsmittel) verbilligt, auch die Mehrarbeit der unproduktiven Arbeiter erhöht, doch mindert dies, da die unproduktiven Arbeiter weder Wert noch Mehrwert produzieren, lediglich die zur Alimentierung der unproduktiven Sektoren notwendigen Mehrwertabzüge.

Diese Zusammenhänge sind den Studiengruppen keineswegs unbekannt. Im Gegenteil: offenbar mit Blick auf die stagnierende Akkumulation des produktiven Kapitals in den siebziger Jahren und ihren Folgen hinsichtlich der unproduktiven Sphären, sprechen sie von einer »strukturellen Verwerfung« der Proportionen zwischen den Ressourcen der produktiven Basis und der abgeleiteten, unproduktiven Sektoren und Ausgaben« (SOST 1980 b, 20). Nach unserer Auffassung sind diese Disproportionen allerdings nicht, wie die SOST meinen, der 'Planlosigkeit des staatlichen Handelns' (ebd.) geschuldet, die angeblich einen wuchernden und unkontrollierten Ausbau der unproduktiven Bereiche bewirkt habe, sie zeugen vielmehr von dem Dilemma zwischen einerseits Funktionszuwachs und andererseits fiskalischer Ressourcenverknappung des kapitalistischen Staates (vgl. Grauhan/Hickel 1978), das im Kern eine »Erscheinungsform des tendenziellen Falls der Durchschnittsprofite und der damit verbundenen Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Reproduktionsprozesses« (Hirsch 1978, 36f.) darstellt. Denn bringt auf der einen Seite dieses Gesetz, insofern seine Durchsetzung im Zuge der Produktivkraftentwicklung auf einem wachsenden Vergesellschaftungsniveau der Arbeit beruht, welches immer stärker in Widerspruch zu der spezifischen Vermittlungsform der Gesellschaftlichkeit der Arbeit im Kapitalismus, dem Warentausch, gerät, die funktionale Notwendigkeit der staatlichen Finanzierung von steigenden Voraussetzungs- und Folgekosten der kapitalistischen Produktionsweise hervor (vgl. Läßle 1977), so entfaltet es auf der anderen Seite den fiskalischen 'Entzugseffekt', daß mit der relativen Abnahme der wert- und mehrwertsetzenden Arbeit zugleich auch der ohne Beeinträchtigung der privaten Akkumulation steuerlich abschöpfbare 'Staatsanteil' am gesellschaftlichen Mehrwert reduziert wird. In diesen widersprüchlichen Wirkungen, die es durch eine empirische Analyse der historischen Entwicklung des Zusammenhangs von Kapitalakkumulation und Staatsfinanzsystems präzise zu bestimmen gälte, liegt objektiv die 'strukturelle' (überzyklische) Finanzkrise des bürgerlichen Staates begründet. Sie manifestiert sich in der allgemeinen Tendenz, »daß die staatlichen Ausgaben schneller anwachsen als die (steuerlichen; d. V.) Mittel zu ihrer Finanzierung« (O'Connor 1974, 20).

Eine solche Tendenz impliziert unvermeidbar steigende Staatsverschuldung: über die Ausdehnung des öffentlichen Kredits kann das 'strukturelle' Defizit des Staatshaushalts überbrückt werden. Die öffentliche Verschuldung findet allerdings - unabhängig von ihrer Form (Anleihen am privaten Kapitalmarkt, Kreditaufnahme bei der Notenbank) - *abstrakt* ihre Grenze in der Entwicklung des produktiven Kapitalektors, denn auch sie muß letztlich aus dem gesellschaftlichen Mehrwert bestritten werden. Die Staatsschulden stellen Anweisungen auf erst noch zu produzierenden Mehrwert dar. Sie müssen aus Steuereinnahmen zurückgezahlt und überdies zinsmäßig bedient werden. Staatsverschuldung beschränkt mithin nicht weniger als steuerliche Abschöpfung den für die Akkumulation des Gesamtkapitals verfügbaren Mehrwert (vgl. auch Cogoy 1973, 163). Insofern bleibt öffentliche Verschuldungspolitik in die fiskalische Abhängigkeitsstruktur des kapitalistischen Staates eingebunden. Aus dieser abstrakten Grenze lassen sich allerdings noch keine Schlußfolgerungen hinsichtlich der konkreten Spielräume von Staatsverschuldung ableiten. Dennoch kann u. E. davon ausgegangen werden, daß in der (von uns lediglich unterstellten) Situation *überzyklischer* Staatsverschuldung öffentliche Kreditaufnahme, wie sie im Rahmen keynesianischer Expansionspolitik geschehen mag, mit konterkarierenden Effekten verbunden ist.

Es ist uns hier nicht möglich, dieser Frage näher nachzugehen, unser Augenmerk konzentriert sich vielmehr auf die von den SOST vertretene Auffassung, daß die Lösung der struk-

turellen Disproportionen im Verhältnis von produktiver Basis und abgeleiteten Sphären auf »zwei Wegen, die sich fundamental entgegenstehen und gegensätzliche Klasseninteressen ausdrücken, versucht werden (kann)« (SOST 1980 b, 20). Der erste Weg besteht in dem »Konzept der bürgerlichen Austerität« (ebd.), das durch Reduktion der Staatsausgaben- und Steuerlastquote (und folglich auch der öffentlichen Verschuldung) eine Reallokation von Ressourcen vom staatlichen in den privaten (und produktiven) Bereich intendiert. Den zweiten Weg sehen die Studiengruppen in einem »Programm einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik, dessen Dreh- und Angelpunkt die Stärkung und Verbreiterung der produktiven Basis ist und mit der Überwindung der kapitalistischen Entwicklungslogik unmittelbar verknüpft ist« (ebd., 21).

Wir sind also wieder am Ausgangspunkt unserer Kritik angelangt. Was uns die Studiengruppen an dieser Stelle vorschlagen, ist ein *Konzept alternativer Austerität*: die Ausweitung der 'produktiven Basis' und entsprechend die Einschränkung der 'abgeleiteten Sphären', zu denen im SOST-Modell auch die sozialen Dienstleistungen zählen, soll durch einen Bruch mit der kapitalistischen Markt- und Profitlogik erreicht werden. Da die Studiengruppen davon ausgehen, daß die Beziehung beider Bereiche im Kapitalismus durch 'Anarchie' und 'Planlosigkeit' gekennzeichnet ist, welche zu Disproportionen geführt habe, sei ihre 'Redimensionierung' nicht in der brutalen Manier bürgerlicher Austerität, sondern in geplant-kontrollierter Form zu leisten. Daß mit dieser Form, die am sozialen Inhalt der 'Redimensionierung' (soziale Demontage etc.) nichts ändern würde, gleichzeitig die ökonomische Unterscheidung von produktiver und unproduktiver Arbeit ihre Gültigkeit verliert, scheint die Strategen der SOST nicht zu irritieren.

Der wesentliche Unterschied zwischen der kapitalistischen und sozialistischen Produktionsweise besteht in der bestimmten Form der Gesellschaftlichkeit der Arbeit. Da im sozialistischen Ökonomie-Modell der SOST, in dem, wie wir sahen (S.I), der sozialisierte und geplante Bereich ein Übergewicht besitzt, die individuellen Arbeiten ihren gesellschaftlichen Charakter, der in ihrer stofflich wechselnden Abhängigkeit besteht, nicht mehr sachlich-ex post im Austausch ihrer Produkte als Waren erweisen müssen, sondern stattdessen immer schon direkt geplante Bestandteile der Gesamtarbeit bilden, verliert auch der Begriff von produktiver Arbeit im Sinne von Arbeit, die *Ware als Produkt des Kapitals* produziert, seine soziale Basis: die Wertbestimmung und die Regelung der Produktion durch den Wert.

»Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit *als Wert* dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren« (MEW 19, 19 f.).

Entsprechend wird auch die wertgesetzliche Regulierung der Produktion durch das Planungsprinzip der Arbeitszeitökonomie abgelöst.

In einer solchen Gesellschaft kann der Begriff produktive Arbeit *keinen Leitfaden für sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik abgeben*. Wenn die kapitalistischen Formen der Produktion abgestreift werden, »so bleiben eben nicht diese Formen, sondern nur ihre Grundlagen, die allen gesellschaftlichen Produktionsweisen gemeinschaftlich sind« (MEW 23, 883). Folglich gilt nur noch die Bestimmung von produktiver Arbeit, wie sie sich vom Standpunkt des einfachen Arbeitsprozesses ergibt: jede Arbeit, die im Stoffwechselprozeß Mensch-Natur einen Gebrauchswert erzeugt, ist 'produktiv' (vgl. MEW 23, 196). Die Auf-

hebung der Bestimmung von produktiver Arbeit als mehrwertproduzierender Arbeit schließt zugleich ein, daß die *reproduktiven* Gebrauchswerte⁴ der im Kapitalismus unproduktiven Bereiche (z.B. Gesundheits- und Bildungswesen) einen konstitutiven Bestandteil des Gesamtprodukts einer sozialistischen Ökonomie bilden.

2. Ausbau der (Produktionsmittel-) Industrie als Ziel sozialistischer Wirtschaftspolitik?

Die begrifflichen Konfundierungen und Unklarheiten in den Ausführungen der SOST zu einer sozialistischen -Wirtschafts- und Sozialpolitik erfahren in einem jüngeren Beitrag ihre Krönung. Im Hinblick auf die von ihnen anvisierte sozialistische Transformationsperiode schreiben die Autoren:

»Das derzeit noch existierende Verhältnis von produktiver und unproduktiver Arbeit wird sich unter sozialistischen Produktionsbedingungen...auflösen« (SOST 1980 c, 49, Fußn.3; Herv. d. V.).

Wie sich dieser in seinem Inhalt korrekte Satz mit der parallel geäußerten These von der Beseitigung der 'Anarchie' und 'Planungslosigkeit' in den Beziehungen von 'produktiver Basis' und 'abgeleiteten Sphären' in der sozialistischen Gesellschaft vertragen soll, wird sicherlich vorerst das interne Geheimnis der Studiengruppe bleiben.

Jedenfalls gehen die SOST jetzt offenbar davon aus, daß sich das Verhältnis von produktiver und unproduktiver Arbeit in der sozialistischen Transformationsperiode aufgelöst hat. Es wird daher auch nicht mehr von der Ausweitung der 'produktiven Basis', sondern vom »Ausbau...der zentralen Bereiche der materiellen Produktion, der Industrie« gesprochen, »ohne den...jede sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik zum Scheitern verurteilt« (ebd., 39) sei. Die materiellen Produktionsbereiche sind im Kapitalismus ausnahmslos dem Kapital subsumiert und mithin im Sinne von Mehrwertproduktion produktiv. Warum ihr Ausbau in einer sozialistischen Gesellschaft unabdingbar sein soll, wird von den SOST lediglich mit dem Hinweis auf die in der Industrie verkörperten Produktivkräfte begründet, welche es in ein Mittel menschlicher Bedürfnisbefriedigung zu verwandeln gelte (vgl. ebd., 38 f.).

Unter Produktivitätsgesichtspunkten besitzt innerhalb des industriellen Sektors für die Studiengruppen vor allem der Bereich der Grundstoff-, Produktionsgüter- und Investitionsgüterindustrie zentrale Bedeutung. Die bekanntlich hohen Umsatz- und Beschäftigungsanteile dieser Industriegruppen »drücken zugleich in grober Weise den Stand der Produktivkraftentwicklung in der BRD-Industrie aus« -ebd., 40). Auch wenn sich die Klassifikation dieser Industriegruppen in der amtlichen Statistik »nicht nach dem wirklichen funktionellen Einsatz der Produkte (als Konsumtions- oder Produktionsmittel; d. V.) richtet« (ebd., 39), so erhält man mit dieser Abgrenzung dennoch eine Annäherung der Produktionsmittelabteilung. Da die Studiengruppen, wie schon angedeutet, davon ausgehen, daß die Reorganisation des industriellen Sektors »mit einem geplanten Ausbau der Produktion und einer beschleunigten Produktivkraftentwicklung einher gehen (muß)« (ebd., 37), könnte aus dieser Option zugleich eine Priorität für die Ausdehnung des durch ein hohes Produktionsniveau gekennzeichneten Produktionsmittelsektors abgeleitet werden.

Die Notwendigkeit einer *gesellschaftlich kontrollierten* Produktivkraftentfaltung im Sozialismus scheint auch uns unbestreitbar.⁵ Da nach Marx der »wirkliche Reichtum der Gesellschaft« in der »Schöpfung von viel disposable time außer der notwendigen Arbeitszeit für

die Gesellschaft« (Grundrisse, 595), m. a. W. von Nicht-Arbeitszeit besteht, hängt er wesentlich von der Produktivität der Arbeit ab. Es ist das Charakteristikum der kapitalistischen Produktionsweise, durch Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit im Prozeß relativer Mehrwertproduktion die Mehrarbeit gegenüber der notwendigen Arbeit auszuweiten. Das Verhältnis von notwendiger und Mehrarbeit gilt natürlich auch für die sozialistische Gesellschaft. »Mehrarbeit überhaupt, als Arbeit über das Maß der gegebenen Bedürfnisse hinaus, muß immer bleiben« (MEW 25, 827). Der Fortschritt der Produktivität der Gesamtarbeit erlaubt es jedoch, »diese Mehrarbeit... mit einer größeren Beschränkung der der materiellen Arbeit überhaupt gewidmeten Zeit (zu verbinden)« (ebd.).

Eine Verkürzung der Arbeitszeit in Kombination mit Vollbeschäftigung und wirtschaftlichem Wachstum, dessen Notwendigkeit im Hinblick auf die durch eine sozialistische Gesellschaft erst ermöglichte Entfaltung der Bedürfnisse generell außer Frage steht, setzt also unabdingbar eine Steigerung der Arbeitsproduktivität voraus.⁶ Ob zu diesem Zweck aber der Ausbau der ausschließlich materiellen Bereiche der Produktion, kurz: der sog. Industrie, möglicherweise sogar, wie die SOST unausgesprochen nahelegen, der Produktionsmittelindustrie, erforderlich ist, läßt sich ohne Annahmen über die technologische Entwicklung vorab nicht entscheiden. Um dies zu verdeutlichen, konstruieren wir ein einfaches Zwei-Sektoren-Modell: Sektor I besteht aus allen Produktionsmittelbranchen, Sektor II umfaßt sämtliche – materiellen wie immateriellen – Bereiche der Gesamtarbeit, die für den individuellen oder sozialen Konsum produzieren. Eine solche Konstruktion, wie sie auch den Marxschen Reproduktionsschemata zugrundeliegt, ist durchaus möglich, da alle reproduktiven Gebrauchswerte (materielle Güter und Dienste), die in einer Gesellschaft produziert werden, entweder nur in der produktiven oder der definitiven (individuellen und sozialen) Konsumtion fungieren können. Die Nutzung der Gebrauchswerte, sei es als Konsumtions-, sei es als Produktionsmittel, ist eine Funktion teils ihrer Naturalform, teils ihrer Disposition – dies in dem Falle, in dem die Naturalform der Gebrauchswerte eine alternative Verwendung erlaubt.

Wir wollen annehmen, daß aus stofflich-technischen Gründen die physische Arbeitsproduktivität (Gebrauchswertoutput je Arbeitsstunde) in Abteilung I höher ist als in Abteilung II (wenn wir hier von »Arbeitsproduktivität« sprechen, dann meinen wir stets die Produktivität der lebendigen Arbeit)⁷.

Man kann mit N. Kaldo (1966) den sektoralen Transfer ökonomischer Ressourcen (Arbeitskräfte und Produktionsmittel) als eine Determinante des stofflichen Produktionswachstums begreifen. Geht man zunächst von der Annahme eines konstanten »Kapital«-Koeffizienten (Produktionsmittelbestand je Nettoprodukteinheit) aus, so ist klar, daß in dem Maße, wie der Konsumtionsmittelsektor Arbeitskräfte, die durch Produktivitätsfortschritte im Produktionsmittelsektor freigesetzt werden, absorbiert und seinen Produktionsanteil ausdehnt, gleichzeitig die Entwicklung des Nationalprodukts zu stagnieren beginnt.

Wir können diesen Zusammenhang durch die folgende Identitätsgleichung verdeutlichen:

$$\frac{dY}{Y} = \frac{dK}{Y} \cdot \frac{dK}{dY}$$

Die Gleichung zeigt, daß die Zuwachsrate des gesellschaftlichen Nettoprodukts (dY/Y) bei konstantem (marginalem) »Kapital«- oder besser: Produktionsmittelkoeffizienten (dK/dY) durch die Investitionsquote (dK/Y) bestimmt wird, deren Niveau ihrerseits von

der sektoralen Struktur der Ökonomie abhängt: Von der Expansion des Produktionsmittel-sektors gehen die maßgeblichen Impulse der Investitionsaktivität und folglich der Steigerung der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität aus, die ihrerseits Voraussetzung des Wachstums des Nationalprodukts und/oder der Verkürzung der Arbeitszeit ist.

Die Abhängigkeit der Investitionsquote von der Entwicklung des Produktionsmittelsektors läßt sich aus den Marx'schen Reproduktionsschemata ableiten. Da die Bruttoproduktion der Abteilung I den gesamtwirtschaftlichen Ersatz- und Neuinvestitionen in Produktionsmitteln entsprechen muß, ist eine Erhöhung der (Brutto-)Investitionsquote –unter der Annahme der Konstanz des marginalen Produktionsmittelkoeffizienten– nur möglich, wenn die Abteilung I rascher wächst als die Abteilung II. Wird jedoch eine solche Expansion des Produktionsmittelsektors durch einen Ressourcentransfer in Richtung Konsumtionsmittel-sektor blockiert, dann sinkt zwangsläufig die Investitionsquote und folglich die Steigerungsrate des Nationalprodukts. Um dies im Hinblick auf das Beschäftigungsziel zu vermeiden, wäre entweder eine Ausdehnung des Arbeitsvolumens oder eine Reallokation der Ressourcen vom Konsumtionsmittel- zum Produktionsmittelsektor erforderlich.

Eine Ausweitung des Produktionsmittelsektors, die angesichts der hohen Weltmarktverflechtung zentraler Produktionsmittelbranchen in der BRD mit gravierenden Folgeproblemen verbunden wäre⁸, ist unter Investitions- und Wachstumsgesichtspunkten allerdings nur dann zwingend, wenn der (durchschnittliche und marginale) Produktionsmittelkoeffizient –wie angenommen– keine Veränderungen erfährt. Seine Konstanz kann als Folge einer technologischen Entwicklung begriffen werden, in der die vorgenommenen Einsparungen von (lebendiger) Arbeit und Produktionsmittel (tote Arbeit) gleich sind. Ein solcher »neutraler« technischer Fortschritt⁹ unterstellt, daß der Produktionsmitteleinsatz je Arbeiter – die sog. »Kapitalintensität« (K/L) – proportional der Arbeitsproduktivität (Y/L) wächst, welche die zur Produktion der Gebrauchswerte, also auch der Produktionsmittel, durchschnittlich notwendige Arbeitszeit determiniert. Die Beziehung

$$\frac{K}{Y} = \frac{K}{L} \cdot \frac{Y}{L}$$

macht diese Zusammenhänge deutlich.

Es ist jedoch –man denke an die Entwicklung der Mikroelektronik– durchaus ein technischer Fortschritt denkbar, in dem per Saldo mehr Produktionsmittel als Arbeitskräfte eingespart werden. Dies impliziert, daß der Zuwachs der Arbeitsproduktivität, der die zur Herstellung der Produktionsmittel durchschnittlich notwendige Arbeitszeit senkt, größer ist als die Erhöhung der »Kapitalintensität« (Produktionsmitteleinsatz je Arbeiter). Die Folge wäre eine Abnahme des Produktionsmittelkoeffizienten, die zugleich als Anstieg der Produktivität der toten Arbeit – der sog. »Kapitalproduktivität« (Y/K) – begriffen werden kann. Eine gesamtwirtschaftlich wachsende Kapitalproduktivität bedeutet materiell, daß es zur Erzeugung eines konstanten Nettoprodukts in beiden Abteilungen eines geringeren Produktionsmitteleinsatzes bedarf. Dies impliziert zur Aufrechterhaltung gleichgewichtiger Reproduktion sektoral eine stoffliche Änderung der Produktionsproportionen im Sinne einer Verschiebung auf die Produktion von mehr materiellen Verbrauchsgütern und konsumablen Diensten und entsprechend auf der Nachfrageseite eine Reduktion der Investitions- und Erhöhung der Konsumquote.

Für die Steigerung der Arbeitsproduktivität und des wirtschaftlichen Wachstums als Vor-

aussetzung von Arbeitszeitverkürzung und Vollbeschäftigung ist also der Ausbau der materiellen Produktion, speziell: der Produktionsmittelindustrie keineswegs zwingend. Das Gegenteil: Entwicklung des Konsumtionsmittelsektors, ist möglich und notwendig, wenn per Saldo kapitalsparender technischer Fortschritt vorliegt. Dies zu verdeutlichen, war der Sinn unserer (zugegebenermaßen abstrakt-modellhaften) Überlegungen.

Wenn die SOST formulieren: »Der durchaus wünschenswerte Ausbau ... im Verbrauchsgütersektor ohne entsprechenden Ausbau der vorgelagerten Zweige im stufigen Produktionsprozess würde zwangsläufig zu Engpässen und Disproportionen führen« (SOST 1980c,41), so ist dies ebenso richtig wie trivial. Natürlich müssen zur Produktion eines konsumablen Endprodukts, das zugleich in Struktur und Niveau der konsumtiven Nachfrage entspricht, die erforderlichen Proportionen zwischen Produktionsmittel- und Konsumtionsmittelsektor eingehalten werden. Die *Quantität* dieser Proportionen hängt jedoch wesentlich von der durchschnittlich angewandten Produktionstechnik ab, die ihrerseits die Produktivität der Produktionsmittel (bzw. ihren Kehrwert: den Produktionsmittelkoeffizienten) determiniert (vgl. auch Lange 1968, 72). Eine kapitalsparende Produktionstechnik erlaubt auf Basis eines gegebenen Produktionsmittelsektors den beschleunigten Ausbau des Konsumtionsmittelsektors, also auch der für den kollektiven Konsum produzierenden Dienstleistungsbereiche. Zudem kann mit einer bestimmten Investitionsquote im Konsumtionsmittelsektor ein höherer Beschäftigungseffekt erzielt werden, weil die für den Konsum produzierenden Branchen in der Regel eine niedrigere Kapitalintensität aufweisen.

Die Nutzung solcher Möglichkeiten in einer sozialistischen Gesellschaft, in der zumindest die kapitalistische Form der Produktivkraftentwicklung entfällt, ist u.E. nicht zuletzt angesichts der Integration bestimmter Produktionsmittelbranchen in den kapitalistischen Weltmarkt und der damit verbundenen Zwänge und Restriktionen von entscheidender Bedeutung.

3. Zwischenresümee

Unsere kritische Analyse des Vorschlags der SOST hat zwei zentrale Defizite verdeutlicht: Erstens: Was das von den Studiengruppen in Umrissen entwickelte »Transformationskonzept« betrifft, erscheint angesichts der aufgezeigten Widersprüche und Inkonsistenzen der Schluß gerechtfertigt, daß es dem Anspruch, eine programmatisch tragfähige Grundlage für die Verständigung der unabhängigen Linken auf eine sozialistische Alternative zu bieten, nicht gerecht wird. Die für eine sozialistische Wirtschaftspolitik formulierte Handlungsmaxime, daß die Ausweitung der »produktiven Basis« der Gesellschaft notwendige Voraussetzung für die Entwicklung der sog. »abgeleiteten Sphären« darstelle, ist – analytisch betrachtet – absurd, denn unter sozialistischen Produktionsbedingungen löst sich das Verhältnis von produktiver und unproduktiver Arbeit auf. Sie ist, politisch gesehen, gefährlich, da die Aussage, daß sozialistische Wirtschaftspolitik die geplante »Redimensionierung« der im Kapitalismus entstandenen Disproportionen zwischen produktivem und unproduktivem Sektor zu leisten habe, im Kern ein Plädoyer für eine »linke« Austeritätspolitik enthält. Zwar werden im Fortgang der Argumentation der Studiengruppen die analytischen Ungereimtheiten dieser Position, wenn auch nur stillschweigend insoweit aufgelöst, als man unvermittelt doch die Aufhebung der ökonomischen Formbestim-

mungen von produktiver und unproduktiver Arbeit in einer sozialistischen Produktionsweise zugesteht. Dennoch gewinnt das SOST-Konzept durch diese Korrektur keineswegs an Klarheit. Der nunmehr betonte Zusammenhang, daß die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, deren Notwendigkeit recht vage bestimmt wird, den Ausbau der materiellen Produktion, speziell der Produktionsmittelindustrie erfordere, ist, wie wir zu zeigen versucht haben, nicht zwingend, wenn man von der Annahme eines kapitalsparenden technischen Fortschritts, m.a.W. von einer steigenden Produktivität der toten Arbeit ausgeht.

Zweitens: Da zudem die SOST das für jede sozialistische Politik prekäre, aber aufzulösende Dilemma von Kurz- und Langfristforderungen einfach überspringen, indem sie ihr Politikkonzept für eine bereits bestehende sozialistische Gesellschaft formulieren, liegt es auf der Hand, daß der mit ihren Alternativvorschlägen verbundene interventionistische Anspruch infolge des fehlenden Bezugs auf reale, hier und heute stattfindende Konflikte und Klassenbewegungen nicht eingelöst werden kann. Damit ist aber auch der soziale Träger dieses Konzepts nicht mehr immanent bestimmbar.

Ist durch diese beiden Mängel der SOST-Vorschlag zwar als Mittel für die programmatische Verständigung der Linken auf eine sozialistische Alternative inhaltlich nicht geeignet, so muß abschließend doch gefragt werden, wie die Studiengruppen prinzipiell die sozialen Einflußchancen und Handlungsperspektiven einer sozialistischen Position in der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Situation der BRD beurteilen und welche strategisch-politischen Konsequenzen aus dieser ihrer Einschätzung folgen.

III

Daß der zyklische Aufschwung der westdeutschen Wirtschaft nach der internationalen Rezession 1974/75, welche in der Geschichte der Bundesrepublik den bisher schwersten und heftigsten Kriseneinbruch markierte, keine Phase erneuter Expansion und Prosperität eingeleitet hat, ist eine offenkundige und auch in der herrschenden Öffentlichkeit kaum noch bestrittene Tatsache. Betrachtet man die konjunkturelle Entwicklung nach 1975, in deren Verlauf die Massenarbeitslosigkeit nicht abgebaut wurde, dann fällt deutlich ihre fehlende Dynamik auf. Der zunächst vergleichsweise kräftige Zuwachs der Güterproduktion im Jahre 1976 beruhte teils auf der auslastungsbedingten Zunahme der Arbeitsproduktivität, teils auf der – seit Ende der 60er Jahre bestehenden – Weltmarktsynchronität der nationalen Konjunkturzyklen, die insofern den wirtschaftlichen Aufschwung begünstigte, als »Bremswirkungen« aufgrund mangelnder Auslandsnachfrage nicht eintraten. So stieg das reale BSP in der BRD zwar relativ rasch auf das Vorkriegsniveau, doch die expansiven Wachstumsraten der Vergangenheit, wie sie noch in der Periode nach 1967 zu beobachten waren, blieben aus. Statt dessen wird der ökonomische Entwicklungsprozeß durch anhaltende Krisensymptome überschattet: stagnierende Akkumulation, sinkende Produktivitätsfortschritte, verlangsamtes Produktionswachstum, Rationalisierung in den Betrieben und Dauerarbeitslosigkeit, erneut steigende Inflationsraten und seit 1979 zunehmende Zahlungsbilanzprobleme bestimmen das ökonomische Szenario *auch* in der Bundesrepublik.

In dieser – von uns lediglich schlaglichtartig beleuchteten – Situation sehen sich nach Ein-

schätzung der SOST die sozialistischen und kommunistischen Kräfte in der Bundesrepublik zugleich mit einer Konstellation im politischen Raum konfrontiert, die durch die »Wahl zwischen bürgerlicher Austerität und sozialdemokratischer Mängelverwaltung« gekennzeichnet ist (SOST 1980a, 64ff.). Auf der einen Seite droht die in den Personen Strauß und Biedenkopf verkörperte Gefahr eines konservativen Sanierungsmodells für Wirtschaft und Gesellschaft, das unter der liberal verbrämten Parole des Rückzugs des interventionistischen Staates aus der – vermeintlich stabilen – Ökonomie in Wahrheit auf einen rigorosen Abbau des 'Sozialstaates' zielt und gleichzeitig *jeder* Opposition, die nicht auf die 'Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft' vertraut, unvorbereitet den repressiven Einsatz des staatlichen Gewaltpotentials ankündigt. Auf der anderen Seite steht eine gegenüber der veränderten wirtschaftlichen Situation weitgehend perspektivlose sozialliberale Regierungskoalition, die in der trügerischen Hoffnung, daß die baldige Rückkehr zur ökonomischen Prosperität eine bruchlose Anknüpfung an die Reformära von 1969ff. erlauben werde, aktuell eine passive »Politik der Verteilung von Krisenlasten und der Mängelverwaltung« / ebd., 64 / betreibt. Diese Politik verbürge jedoch nicht nur keine grundlegende Lösung der angewachsenen ökonomisch-sozialen Probleme im Interesse der lohnarbeitenden Bevölkerung, sondern berge, gerade wegen ihrer Konzeptionslosigkeit, im Hinblick auf zu erwartende krisenhafte Zuspitzungen der ohnehin stagnierenden und instabilen Wirtschaftsentwicklung zugleich das Risiko, korporative Interessenkonflikte *innerhalb* der verschiedenen Fraktionen der Arbeiter- und lohnabhängigen Mittelklasse und Ohnmachtsreaktionen bestimmter sozialer Randschichten (z.B. der sog. »Problemgruppen« des Arbeitsmarktes) zu beschleunigen / ebd., S. 78 /. Da beide Verhaltensmuster: Korporatisierung und Marginalisierung einen fruchtbaren Nährboden konservativer Propaganda und Reaktivierung von Klassenvorurteilen darstellen, verschärfe sich daher in der objektiven Konsequenz sozialdemokratischer Politik – dies ist die unausgesprochene Schlußfolgerung der SOST-Analyse – die Gefahr einer drastischen Rechtsverschiebung im Massenbewußtsein, welche die notwendige Basis für eine »Machtübernahme« der Union bildet. Angesichts dieser Konstellation: perspektivlose Fortsetzung sozialdemokratischer Mängelverwaltung oder konservativer Austeritätspolitik ohne Gesellschaftsreform sei die unabhängige Linke in der BRD aufgefordert, endlich »ihre *Subordination* unter die sozialdemokratische Hegemonie und ihre *Subalternität* gegenüber konkret bürgerlicher Politik« / ebd., 88 / zu überwinden und – im Vertrauen auf die eigenen Kräfte – durch die eigenständige Entwicklung programmatischer Alternativen eine progressive Öffnung des politischen Kräfteverhältnisses einzuleiten / ebd., 64 /. Die Studiengruppen besitzen indes noch genügend Realismus, um gleichzeitig zu erkennen, daß ohne die Gewerkschaften eine Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses in der Bundesrepublik nicht zu erreichen ist. Die Hoffnung auf eine politische Unterstützung durch Teile der Gewerkschaftsbewegung fußt auf der Auffassung, daß unter dem Druck der durch die ökonomische Entwicklung aufgeworfenen Probleme (Arbeitslosigkeit, Besitzstandsabbau, Finanzkrise der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherung usw.) in den Gewerkschaften ein *Politisierungsprozeß* in Gang gekommen sei, der das traditionelle Vertrauensverhältnis zur bewegungs- und handlungsunfähigen SPD bereits ansatzweise aufgebrochen habe. Es müsse deshalb von einem Vakuum im politischen Raum ausgegangen werden, das die objektive Möglichkeit biete, eine linkssozialistische Kraft jenseits der SPD zu etablieren. Subjektive Voraussetzung einer solchen »Strategie des Bruchs mit der Sozialdemokratie« / SOST 1978, 75 / sei wesentlich die Fähigkeit der Linken, sich auf eine konzeptionelle Alternative, genauer:

auf ein sozialistisches Programm mit dem Schwerpunkt alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verständigen.

Richtig an dieser von uns knapp referierten Argumentation ist zweifellos, daß sich in den gewerkschaftlichen Führungsinstanzen, nachdem noch der Ausbruch der Krise 1974 / 75 als bloß temporärer Konjunkturrückschlag interpretiert worden war, inzwischen eine realistischere Sicht der ökonomischen Entwicklungsperspektiven der Bundesrepublik durchgesetzt hat. Auch in der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft und im Konfliktverhalten der Lohnabhängigen haben sich unverkennbare Veränderungen vollzogen. Verweist der seit 1970 kontinuierliche Anstieg des Organisationsgrades des DGB u. E. insoweit auf eine Bewußtseinsveränderung breiter Teile der Lohnabhängigen, als die Einsicht in die Bedeutung kollektiver Interessenvertretung gewachsen ist,¹⁰ so wird diese Entwicklung durch die verstärkte Bereitschaft, für die eigenen unmittelbaren Belange in Aktion zu treten, sichtbar bestätigt. Zwar traf die Rezession 1974 / 75 und der Schock der aufbrechenden Massenarbeitslosigkeit die Lohnarbeiter und Gewerkschaften relativ unvorbereitet, doch begann in den folgenden Jahren ein, wenn auch begrenzter und keineswegs immer erfolgreicher, Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Lohnabhängigen (vgl. Schmidt 1978). Abgesehen von einer Vielzahl in der Öffentlichkeit wenig beachteter Betriebskonflikte, zeigt sich generell seit 1976 eine beträchtliche Ausweitung von Arbeitskämpfen, die zugleich erheblich an Härte (Aussperrung) gewonnen haben.¹¹ Von einer allgemeinen Resignation und passiven Hinnahme der Krisenfolgen durch die Lohnabhängigen kann, betrachtet man die Streikaktivitäten der vergangenen Jahre, nicht gesprochen werden. Gleichzeitig begannen die Gewerkschaften zumindest ansatzweise der veränderten gesellschaftlichen Problemlage Rechnung zu tragen. Nicht zuletzt aufgrund der sozialen Folgen der mit der Krise beschleunigt eingesetzten Technologie- und Rationalisierungswelle wurden vor allem in der IG Metall und der IG Druck und Papier tarifpolitische Konzepte entwickelt, die einen Übergang von einer rein defensiven Tarifpolitik – der bloß kompensatorischen Abwehr rationalisierungsbedingter Entlassungen und Abstufungen durch Auszahlung monetärer Entschädigungen (Abfindungen, Ausgleichszahlungen) – zu einer eher »präventiven« Tarifpolitik (Besitzstands- und Qualifikationssicherung, Arbeitsplatzsicherung, Abbau der Arbeitsbelastungen) anzeigen (vgl. Müller-Jentsch 1978, Funke 1978). Berücksichtigt man allerdings sowohl die Schwierigkeiten der praktischen Realisierung derartiger tarifpolitischer Strategien als auch die durch die Krise aktualisierte Gefahr ausschließlich betriebsegoistischer Interessenvertretungen, so wird deutlich, daß die Gewerkschaften dauerhaft nur dann eine ursachengerechte Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Rationalisierungsfolgen leisten können, wenn es ihnen gelingt, gesamtgesellschaftliche Lösungsvorschläge (»Alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik«) zu entwickeln, deren Durchsetzung zugleich eine verstärkte Präsenz und Aktivität auf politischer Ebene erfordert. In dieser Hinsicht hat der DGB zögernd programmatische Initiativen entfaltet, die gleichwohl einen Fortschritt markieren (vgl. DGB 1977): die erhobenen Forderungen nach einer expansiven Finanzpolitik, deren Effizienz durch Beschäftigungsaufgaben und Preiskontrollen garantiert werden soll, nach qualitativem Wachstum und sozialer Beherrschung der Produktivitätsentwicklung liegen – so vage ihre Konkretion mitunter auch erscheint – nicht nur quer zu den offiziellen wirtschaftspolitischen Empfehlungen des Sachverständigenrates, sondern überschreiten auch den begrenzten Aktionsrahmen lediglich indirekter und volumenorientierter Interventionen (sog. parametrische Steuerung) einer traditionell keynesianischen Stabilisierungspolitik. In der unausgesprochenen Konsequenz, die aller-

dings vom DGB nicht gezogen wird, implizieren sie qualitative und strukturverändernde Eingriffe in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß.

Diese »Politisierung« der Gewerkschaften, die auch, vor allem im Bereich der staatlichen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, zu Rissen im Loyalitätsverhältnis gegenüber der SPD geführt hat, vollzieht sich indes nicht linear und einheitlich, sondern weist, wie die SOST keineswegs bestreiten, eine ausgesprochen *gegensätzliche* Verlaufsform auf. Die Krisenerfahrung hat bislang zu keiner qualitativen Veränderung im Bewußtsein der Lohnabhängigen geführt. Die Entwicklung des Gesellschaftsbewußtseins scheint vielmehr, legt man die Untersuchungsergebnisse der »Arbeitsgruppe Demoskopie« zugrunde, durch einen eigentümlichen Widerspruch blockiert. Das seit Mitte 1977 allgemein verbreitete »Bewußtsein einer Wende in der ökonomischen Entwicklung ... betrifft bislang nur den Verlauf der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sieht für die *individuelle Lebenslage* weiterhin eine auch zukünftig vorhandene Stabilität und Kontinuität«/Arbeitsgruppe Demoskopie 1980, 132/. Die unverändert optimistische Wahrnehmung des persönlichen Dispositionsspielraums, die situationsbezogenes Konflikt handeln und gewerkschaftliches Engagement infolge unmittelbarer Betroffenheit nicht ausschließt, macht schlagend deutlich, daß von einer in breiteren Kreisen der Lohnabhängigen vorhandenen Einsicht in die Notwendigkeit politischer Veränderungen keine Rede sein kann. Ein massenhafter Legitimitätsentzug, der den Ausdruck »Krise der sozialdemokratischen Hegemonie« (SOST) rechtfertigen würde, ist nach unserer Realitätssicht nicht zu erkennen. Wie Deppe u. a. (1979) auf Basis verschiedener Fallstudien zum »Verhältnis von Sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaft in der Klassenbewegung« verdeutlicht haben, kann lediglich, sucht man nach einem verallgemeinernden Begriff, von einem »latenten Unbehagen« der Arbeiterklasse an der sozialdemokratischen Krisenpolitik seit 1975 gesprochen werden. Die durch materielle Reformenerwartungen bestimmte Identifikation gewerkschaftlich aktiver Arbeiter mit der SPD Anfang der 70er Jahre ist im Verlauf der Stornierung und Rücknahme von Reformen durch die Schmidt-Regierung einer tendenziell passiven Orientierung gewichen, die jedoch mit Ausnahme vereinzelter und bedeutungsloser Wahlenthaltungen die politischen Bindungen in der Substanz nicht tangiert hat. Ob die im Kern nach wie vor ungebrochene Ausrichtung an der SPD Ausdruck »politische(r) Alternativlosigkeit (ist), die die Mehrheit der Arbeiter dazu veranlaßt, ihre traditionelle Interessenvertretung zu wählen, wenn es darum geht, die Rückkehr der CDU an die Regierung zu verhindern (Deppe et. al. 1979, 204), oder aus der Vorstellung resultiert, »daß in diesem politischen Rahmen die persönlichen Verhältnisse gegenüber einer Verschlechterung bewahrt werden können« / Arbeitsgruppe Demoskopie 1980, 132 /, wäre durch eine differenzierte Untersuchung klassen- und schichtspezifischer Bewußtseinsformen und politischer Einstellungen zu beantworten. Daß die positive Wahrnehmung des individuellen Handlungsspielraums durch einen künftigen Kriseneinbruch, der im Gegensatz zu 1974 / 75 auf eine veränderte Grundhaltung der Bevölkerung hinsichtlich der Stabilität und Kontinuität der ökonomischen Entwicklung trafe,¹² stärker in Frage gestellt werden dürfte, ist sicherlich zutreffend. In welche Richtung jedoch die möglichen Veränderungen des Gesellschaftsbewußtseins und der politischen Präferenzen erfolgen, läßt sich u. E. nicht eindeutig abschätzen. Wie wenig eine *generelle* Linksverschiebung zu erwarten sein dürfte, zeigt die Tatsache, daß aufgrund ungleichmäßiger Betroffenheit von sozialen Krisenfolgen die Ausweitung betrieblich-gewerkschaftlicher Widerstandsaktivitäten sowohl durch korporative Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Beschäftigtengruppen –

auch innerhalb einer Branche – als auch durch resignatives Anpassungsverhalten namentlich marginalisierter Erwerbspersonen (Ungelernte, Jugendliche, Frauen, Ausländer usw.) überlagert bzw. konterkariert wird. Was das Problem der marginalisierten Gruppen angeht, die infolge komparativer Nachteile in der »Angebotskonkurrenz« auf dem Arbeitsmarkt einem massiven Verdrängungsdruck ausgesetzt sind, so dürfte unstrittig sein, daß ihre Interessen, bedingt auch durch die mangelnde Organisations- und Konfliktfähigkeit der Betroffenen, von Betriebsräten und Gewerkschaften nur wenig oder gar nicht wahrgenommen werden.

Diesen widersprüchlichen Tendenzen im Bewußtsein und Handeln der Lohnarbeiter, die wir hier nicht näher untersuchen und erklären können, korrespondieren in den gewerkschaftlichen Apparaten, wie der Gewerkschaftstag der IG Chemie, aber ebenso die Diskussion um den Entwurf des Grundsatzprogramms exemplarisch demonstriert haben, verschärfte Auseinandersetzungen und Fraktionskämpfe um die Grundlinien der einzuschlagenden Politik. Von einer *allgemeinen* »Rückbesinnung auf die eigene Kraft« kann indes – ungeachtet der erzielten tarifpolitischen und programmatischen Fortschritte – angesichts der realen Verhältnisse nicht gesprochen werden; sozialpartnerschaftlich-kooperative Strömungen besitzen nach wie vor beträchtliches, wenn auch abnehmendes, Gewicht. Diese komplizierten Prozesse innergewerkschaftlicher Willensbildung lassen sich sicherlich nicht mit der Denkschablone »kooperative Führung – manipulierte Basis« analytisch in den Griff bekommen. Die Frage aber, ob die »Politisierung« der Gewerkschaften das sozialintegrierte funktionierende Arbeitsteilungsverhältnis zur SPD in Richtung einer autonomen Gewerkschaftspolitik (»Rückbesinnung auf die eigene Kraft«) aufbricht, oder – dies wäre die denkbare Alternative – die Beziehungen zur SPD im Sinne eines »kämpferischen Reformismus«, der auch die Partei mehrheitlich erfaßt, neu strukturiert,¹³ muß zum gegenwärtigen Zeitpunkt als völlig offen bezeichnet werden. Eine staats- und klassentheoretisch fundierte Analyse des Verhältnisses von Sozialdemokratie und Gewerkschaften könnte eventuell zu mehr Klarheit in dieser Frage verhelfen, – es ist nicht unsere Absicht, eine solche Analyse an dieser Stelle vorzunehmen.

Akzeptiert man dennoch die von uns skizzenhaft und zweifellos verkürzt vorgetragenen Argumente, dann ist zugleich mit Rücksicht auf die realen Strömungen im Massenbewußtsein die Konsequenz zu ziehen, daß die konkret in der Rentenfrage, in der Beschäftigungspolitik, am Problem der Arbeitshumanisierung aufgetretenen »Dissonanzen« zwischen Gewerkschaften und SPD gegenwärtig auch nicht ansatzweise das Ausmaß erreicht haben, das es erlauben würde, die notwendige Diskussion um Alternativen der Wirtschaftspolitik mit der strategischen Option für eine linkssozialistische Kraft jenseits und unabhängig von der SPD zu verknüpfen. Die Linke hat, sieht man von den Jusos ab, schon in der Studentenbewegung mit der Sozialdemokratie »gebrochen«, ihre soziale und politische Isolation, die noch durch eigene Spaltungen, Sektiererei usw. verschärft wurde, ist bis heute nicht überwunden. Eine Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses durch eine linkssozialistische Kraft, die notwendig die organisatorische Form der Partei annehmen müßte, ließe sich, die Fähigkeit der »unabhängigen« Linken zur programmatischen Vereinheitlichung einmal unterstellt, nur dann befürworten, wenn gleichzeitig die reale Möglichkeit ihrer nicht-sektiererischen Existenz nachgewiesen würde. In dieser Frage scheint eine mit »Gewerkschaftsanalysen befaßte« Arbeitsgruppe der SOST eine wesentlich nüchterne Ansicht zu vertreten: »Die Begründung der sozialen Chancen einer breiten linkssozialistischen Strömung, die kräftig genug wäre, einen dritten Weg zum Sozialismus auf allen Ebenen

des politischen Raumes zu repräsentieren, steht noch aus« (o.V. 1979, 63 /). Der Verweis auf die politische Notwendigkeit einer solchen Strömung reicht, wie die Autoren treffend folgern, als Ersatz für den Nachweis ihrer Lebensfähigkeit nicht aus.

Der Appell der SOST zu einer »linken Sammlungsbewegung« kann folglich nur in dem Sinne aufgefaßt werden, daß die Linke in und außerhalb der SPD sich aktiv und öffentlichkeitswirksam an der im Umfeld und innerhalb des DGB bereits seit geraumer Zeit geführten Diskussion um die konkrete Fassung einer alternativen Wirtschaftspolitik beteiligt. Dies bedingt zugleich eine verstärkte Verständigung untereinander. Die Verknüpfung der Ausarbeitung konzeptioneller Alternativen mit organisatorisch-politischen Konsequenzen, wie sie die SOST-Formel vom »Bruch mit der Sozialdemokratie« implizieren, müssen dagegen abgelehnt werden, solange die sozialen Chancen eines solchen Schritts nicht nachgewiesen sind. Die von den SOST dazu vorgetragenen Argumente sind wenig überzeugend.

Anmerkungen

- 1 Es ist u.E. falsch, wenn das Memorandum seine Krisenerklärung als Überakkumulationstheorie verstanden wissen will. Die Krise wird, vereinfacht gesprochen, von den Autoren ursächlich als Resultat einer zu hohen Profit- und zu niedrigen Lohnquote begriffen: da der Anteil der Profite am Volkseinkommen dem der Löhne im Aufschwung vorausieht (Lohn-lag) und die Profite zugleich kapazitätswirksam investiert werden, tritt über kurz oder lang die Situation ein, in der die aufgebauten Produktionskapazitäten aus Gründen fehlender (Konsum-)nachfrage nicht ausgelastet werden können. Zur Kritik an dieser klassisch unterkonsumtionstheoretischen Erklärung vgl. Altvater et. al. 1978.
- 2 Auf Basis der bürgerlichen Produktionsweise dient der Begriff produktive Arbeit als abkürzender Ausdruck für das Verhältnis, in dem die von den Produktions- und Lebensmitteln getrennte Arbeitskraft (Lohnarbeit) nach ihrem Verkauf bzw. Kauf in der Zirkulationssphäre im kapitalistischen Produktionsprozeß (dem Prozeß ihres Gebrauchs durch das Kapital) für die Verwertung des Kapitals fungiert (vgl. Resultate, 69). Produktive Arbeit ist die Arbeit(kraft), die sich gegen *Geld als Kapital* tauscht und im Prozeß ihrer Konsumtion, dem kapitalistischen Produktionsprozeß, nicht nur den zu ihrem Kauf vorgeschossenen Wert (variables Kapital) reproduziert, sondern überdies ihrem Käufer einen *Mehrwert* schafft. Mit der Entwicklung der realen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital wird zugleich »mehr und mehr ein sozial kombiniertes Arbeitsvermögen der wirkliche Funktionär des Gesamtarbeitsprozesses. ...«, für dessen kapitalverwertende Potenz es »ganz gleichgültig (ist), ob die Funktion des einzelnen Arbeiters, der nur ein Glied dieses Gesamtarbeiters ist, ferner oder näher der unmittelbaren Handarbeit steht« (ebd., 65f.), ausschlaggebend ist allein seine produktive Konsumtion durch den Verwertungsprozeß des Kapitals. Da das Kapital in seinem Verwertungstrieb prinzipiell gleichgültig gegenüber der stofflichen Natur seiner Anlagesphären ist, läßt sich dieses *entscheidende Charakteristikum* produktiver Arbeit als *kapitalverwertender*, d.h. *mehrwertproduzierender* Arbeit, wie Marx mehrfach betont, weder aus dem konkret-nützlichen Inhalt der Arbeiten noch aus dem spezifischen Gebrauchswert, in dem sie sich darstellen mögen, ableiten. Arbeiten desselben und verschiedenen Inhalts können, je nachdem ob sie unter das Kapital subsumiert sind oder nicht, produktiv oder unproduktiv sein (vgl. MEW 26.1, 127ff.)
- 3 »Der Unterschied der *produktiven* und *unproduktiven* Arbeit besteht bloß darin, ob Arbeit gegen *Geld als Geld* oder gegen *Geld als Kapital* ausgetauscht wird« (Resultate, 73). Unproduktive Lohnarbeiter tauschen ihre Arbeitskraft nicht gegen Kapital, sondern gegen Revenue: Zweck der

Transaktion ist, von Seiten des Käufers betrachtet, nicht die Verwertung von Wert, sondern die Befriedigung eines konkreten Bedürfnisses. Diese Unterscheidung von produktiver und unproduktiver Arbeit erfährt allerdings auf Ebene des kapitalistischen Gesamtprozesses eine Modifikation. In der Sphäre der Konkurrenz, der »Interaktion« der Einzelkapitale, bilden auf Basis entwickelter Arbeitsteilung die Zirkulationsfunktionen des industriellen Kapitals, welches »jeden kapitalistisch betriebenen Produktionszweig umfaßt« (MEW 24, 56), ihrerseits eine Anlagesphäre von Kapital: die Zirkulationsformen (Ware, Geld) des industriellen Kapitals besitzen zum Teil eigenständige Existenz im kommerziellen Kapital (Waren- und Geldhandlungskapital), das die Zirkulationsfunktionen des industriellen Kapitals als kapitalistisches Geschäft betreibt und durch Einbeziehung in den Ausgleich der sektoralen Profitraten im Verhältnis seiner Größe einen Anteil an dem von den produktiven Arbeitern produzierten Mehrwert in Form des kommerziellen Profits bezieht. Wendet es fremde Arbeit an, so müssen deren Kosten, die durch den Wert der Arbeitskraft bestimmt sind, aus diesem Mehrwertanteil bestritten werden. Damit sich indes der Anteil des kommerziellen Kapitalisten nicht vollständig in den Lohn der von ihm beschäftigten Arbeiter (Zirkulationsagenten) auflöst, bedarf es notwendig ihrer Exploitation. Nur durch die Aneignung fremder Mehrarbeit kann das kommerzielle Geschäft überhaupt auf kapitalistische Grundlage betrieben werden (vgl. MEW 25, 305). Gleichwohl sind die kommerziellen Arbeiter prinzipiell unproduktiv. Da der Handelskapitalist »als bloßer Zirkulationsagent weder Wert noch Mehrwert produziert...«, so können auch die von ihm in denselben Funktionen beschäftigten merkantilen Arbeiter unmöglich unmittelbar Mehrwert für ihn schaffen« / ebd., 304 /. Insofern jedoch durch den unbezahlten Teil der in der Zirkulation angewandten Arbeit die Mehrwertabzüge (Zirkulationskosten) des Kapitals reduziert werden, ist sie, vom Standpunkt des Gesamtapitals, *indirekt produktiv*, während sie dagegen für das kommerzielle Kapital unmittelbar als produktiv *erscheint*.

- 4 Die Begriffe »reproduktiv und unreproduktiv« sind Gebrauchswertbestimmungen, die Marx bereits in den »Resultaten« (ebd., 71) entwickelt hat. Es ist das Verdient von Stamatis 1977, diese Begriffe für die marxistische Staatsdiskussion fruchtbar gemacht zu haben. Hier sei nur an die Definition erinnert: »Reproduktiv sind alle Gebrauchswerte, die von neuem in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß, als dessen Bestandteil wir auch die Reproduktion der Arbeitskraft betrachten wollen, eingehen und sich dort, wenngleich nicht in derselben stofflichen Gestalt, erneut reproduzieren, d.h. alle Gebrauchswerte, die *reproduktiv konsumiert* werden... Unreproduktiv sind dagegen die Gebrauchswerte, die nicht erneut in den Produktionsprozeß eingehen. Sie werden außerhalb des unmittelbaren Produktionsprozesses, also unreproduktiv, konsumiert« / Stamatis 1977, 31 /. Reproduktiv sind demnach alle Produktions- und Konsumtionsmittel. Folglich sind auch die Gebrauchswerte (Dienste) reproduktiv, die in die allgemeinen Reproduktionsvoraussetzungen der Arbeitskraft (z.B. Bildung, Gesundheit etc.) eingehen. Unreproduktiv sind dagegen bestimmte, nicht direkt zur (materiellen und immateriellen) Produktion gehörige Verwaltungsleistungen, die gleichwohl funktional notwendig sind. Sie sind in einer sozialistischen Gesellschaft auf ein Minimum zu beschränken (vgl. auch MEW 19, 19). Es hätte einen Sinn ergeben, wenn die SOST statt von »produktiver« von »reproduktiver« Basis gesprochen hätten. Die Ausweitung des reproduktiven Sektors ist in der Tat ein Ziel sozialistischer Wirtschaftspolitik.
- 5 Daß sich gesellschaftliche Kontrolle dabei auf Quantität *und* Qualität der Produktivkraftsteigerung erstrecken, d.h. auch die kapitalistische Formbestimmtheit von Produktionsmitteln und Arbeitsprozess berücksichtigt werden, ist evident. Erst mit der Veränderung der Totalität von Produktions-, Verteilungs- und Zirkulationsprozess kann ein neues Akkumulationsmodell etabliert werden. Der Glaube an eine gesellschaftliche und soziale Neutralität technologischer Entwicklungen, wie er gerade die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung durchzieht, scheint nach unserer Beobachtung neuerdings nicht mehr ungebrochen (man denke z.B. an den »Arbeitskreis Leben«, aber auch an die Rezeption der Erfahrungen der britischen Arbeiter von Ducas Aerospace in den Gewerkschaften).

6 Diese Zusammenhänge ergeben sich aus der folgenden Identitätsbeziehung

$$L = Y : \frac{Y}{L},$$

wobei L für das Arbeitsvolumen, definiert durch das mathematische Produkt von Arbeitszeit je Erwerbstätigen und Erwerbstätigenzahl, Y für den Gebrauchswertoutput (Güter und Dienste) und Y / L für die Arbeitsproduktivität (Produkt je Beschäftigtenstunde) stehen.

- 7 Da nach Marx die Gesamtarbeit in lebendige Arbeit (= Gebrauch der Arbeitskraft) und tote Arbeit (Produktionsmittel) zerfällt, so ist entsprechend zwischen Produktivität der lebendigen Arbeit (gemeinhin Arbeitsproduktivität), die die zur Produktion von Gebrauchswerten durchschnittlich notwendige Arbeitszeit determiniert, und Produktivität der toten Arbeit zu unterscheiden (vgl. auch Lange 1967, 72). Was die Produktivität der toten Arbeit (Output je Produktionsmitteleinheit) betrifft, so spricht Marx von der »Wirkungsfähigkeit« bzw. der »Wirksamkeit« der Produktionsmittel (vgl. MEW 23, 54 u. 631ff.).
- 8 Der Ausbau des Produktionsmittelsektors erfordert die Beachtung des Kriteriums der Weltmarkt konkurrenzfähigkeit, d.h. der Produktivitäts-, Lohnkosten-, Wechselkurs-, Technologierelationen etc. Will man nämlich die zur Aufrechterhaltung der »Tauschfähigkeit« auf dem Weltmarkt – auch in einer sozialistischen Ökonomie – notwendigen Devisen durch eine Stärkung des Produktionsmittelsektors erwirtschaften, hat dies zur Folge, daß eine ständige Steigerung der Produktivität der Gesamtarbeit angestrebt werden muß. Die Modernisierung des Produktionsmittelsektors mit allen seinen Folgen für die Ressourcenallokation hätte ins Zentrum der Wirtschaftspolitik zu rücken. Der gesellschaftlich bewußt-geplante Ausbau dieses Sektors ist unmittelbar mit den Konkurrenzanforderungen des kapitalistischen Weltmarkts konfrontiert. Nicht zuletzt die jüngsten Ereignisse in Polen haben gezeigt, welche Probleme aus den Folgen eines derart weltmarktvermittelten Reproduktionsmodells (hohe Auslandsverschuldung, Forcierung des Produktionsmittelsektors mit der Konsequenz einer mangelhaften Konsumversorgung der Bevölkerung usw.) für eine sozialistische Ökonomie entstehen können. Gerade diese zentrale Problemstellung einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik wird von den SOST aber ignoriert.
- 9 Wenn die Einsparungen von Produktionsmitteln und Arbeitskräften per Saldo gleich sind, so bleiben logischerweise die »Knappheitsverhältnisse« der gegenständlichen und lebendigen Produktionsfaktoren unverändert. Aus dieser Tatsache wird auf Grundlage der bürgerlichen Grenzproduktivitätstheorie eine konstante Einkommensverteilung abgeleitet, welche sowohl im neoklassischen als auch im post-keynesianischen Modell trotz unterschiedlicher produktionstheoretischer Prämissen als Kriterium von Neutralität technischen Fortschritts dient. (vgl. Rose 1973)
- 10 Die These Streecks (1979), daß infolge eines säkularen Verfalls der traditionellen Arbeiterkultur im Sinne einer »distinkten Lebensform« / S. 77 / Veränderungen im gewerkschaftlichen Organisationsgrad nicht mehr aus Bewußtseinsprozessen, sondern als »Folge (ausgebliebener bzw. vollzogener) organisatorischer Modernisierung sowie sich verändernder institutioneller Rahmenbedingungen« / S. 99 / zu begreifen seien, ist nach unserer Auffassung weder theoretisch noch empirisch haltbar. Auch wenn unbestritten ist, daß in der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft der Bundesrepublik von einem sozial abgegrenzten »Arbeitermilieu« nicht gesprochen werden kann, so läßt sich jedoch keineswegs, wie Streeck offenbar meint, das Arbeiterbewußtsein zureichend mit der Kategorie der »Integration« erfassen. Verschiedene empirische Untersuchungen haben vielmehr klargelegt, daß von einer »strukturellen Widersprüchlichkeit von Arbeiterbewußtsein« (Schuhmann 1979, S. 154) auszugehen ist: der individuellen Leistungs- und Aufstiegsorientierung einerseits korrespondiert eine latent ständig akute Existenzunsicherheit andererseits, welche auf dem Wissen um die eigene soziale Abhängigkeit und Benachteiligung beruht. Diese widersprüchlichen Momente, die systematisch aus den sozialen Beziehungen der

Zirkulations- und Produktionssphäre im Reproduktionsprozeß des Kapitals zu begreifen sind, werden bekanntlich durch die Form des Arbeitslohns vermittelt und bilden zugleich die Grundlage der gewerkschaftlichen Assoziation der Lohnarbeiter. Es ist hier nicht der Ort, diese Zusammenhänge theoretisch näher zu entwickeln, festzuhalten bleibt jedoch, daß die strukturelle Widersprüchlichkeit des Arbeiterbewußtseins den notwendigen, obgleich nicht hinreichenden, Ausgangspunkt für das Verständnis und die Analyse von Organisationsprozessen und Strategieentwicklung der Gewerkschaften darstellt. Wenn namentlich in Phasen der Prosperität die Gewerkschaftspolitik auf der Grundlage dominierender Aufstiegs- und Leistungsorientierung und eines relativen Mangels kollektiver Aktionsbereitschaft der Lohnarbeiter ausgesprochen »kooperativ-sozialpartnerschaftliche« Züge besitzt, so verweist dies systematisch auf die in den ökonomischen Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft verankerten Mechanismen sozialer Konsens- und Kompromißbildung, welche Marx mit der Darstellung der »Mystifikationen des Kapitalverhältnisses« kategorial zu fixieren versucht hat. Die Marxsche Kapitalanalyse ist ja, wie hinlänglich bekannt, wesentlich auch aus der Absicht zu begreifen, die historischen Eigentümlichkeiten kapitalistischer Vergesellschaftung und die ihnen entsprechenden Bewußtseinsformen zu erfassen. Will man diesen Ansatz für die Untersuchung gewerkschaftlicher Organisation und Politik empirisch fruchtbar machen, so ist nicht nur eine klassentheoretisch begründete Präzisierung und Differenzierung des Zusammenhangs von ökonomischen Formbestimmungen und Bewußtseinsformen vorzunehmen, es müssen gleichzeitig auch die institutionellen Strukturen und Ausdrucksformen historisch entstandener Kompromißlinien in den Austauschbeziehungen von Lohnarbeit und Kapital berücksichtigt werden.

- 11 Vor allem das Jahr 1978 war durch eine hohe Streikaktivität gekennzeichnet, die statistisch fast das Ausmaß des Jahres 1971 erreichte (Ausfalltage 1971: rd. 4,5 Mio., 1978: rd. 4,3 Mio.; an Streiks beteiligte Arbeitnehmer 1971: 536000, 1978: 478000) es an Härte (Aussperrung) jedoch eher übertraf.
- 12 In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß die Krise 1974 / 75 von der Arbeiterklasse vor dem Hintergrund einer langen Prosperität erfahren wurde.
- 13 Diese Position wird von den um die Zeitschrift »Sozialist« gruppierten Jungsozialisten in der SPD vertreten (vgl. »Göttinger Thesen«).

Literatur

- Altwater, E. / Hoffmann, A. / Semmler, W. / 1979, Notwendigkeit und Schwierigkeit eines Programms alternativer Wirtschaftspolitik – Zur Kritik des Memorandums, in: WSI-Mitt. 2 / 1979
- Arbeitsgruppe Demoskopie, Gesellschaftsbewußtsein und Konjunktur, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, 5 / 1980
- Basso, L. 1969, Zur Theorie des politischen Konflikts, Frankfurt
- Cogoy, M. 1973, Werttheorie und Staatsausgaben, in: Braunmühl, C. u.a., Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt
- Deppe, R. / Herding / Hoß 1979, Zum Verhältnis von Sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften in der Klassenbewegung, in: J. Bergmann (Hrsg.), Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt
- Ernst-Poerksen, M. 1980, »Alternativen der Wirtschaftspolitik« und »alternativer Typ ökonomischer Entwicklung«, in: Alternative Wirtschaftspolitik 2, Argument-Sonderband AS 52, Berlin
- Funke, H. 1978, Die neue Tarifkonzeption der IG Metall zum Rationalisierungsschutz, in: O. Jacobi u.a., a.a.O.
- Grauhan, R.-R. / Hickel 1978, Krise des Steuerstaates? Widersprüche, Ausweichstrategien, Perspektiven staatlicher Politik, in: dies., Leviathan Sonderheft 1 / 1978
- Hirsch, J. 1978, Was heißt eigentlich »Krise der Staatsfinanzen«? Zur politischen Funktion der Staatsfinanzkrise, in: Leviathan Sonderheft 1 / 1978
- Kaldor, N. 1966, Causes of the slow rate of economic growth of the United Kingdom, Cambridge
- Korsch, K. 1974, Die sozialistische Formel für die Organisation der Volkswirtschaft, in: ders., Politische Texte, Frankfurt
- Lange, O. 1968, Politische Ökonomie Bd. 2, Frankfurt
- Läpple, D. 1977, Kapitalistische Vergesellschaftungstendenzen und Staatsinterventionismus, in: V. Brandes u.a. (Hrsg.), Handbuch 5 Staat, Frankfurt-Köln
- Lukács, G. 1970, Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik, Neuwied und Berlin
- Marx, K. 1970, Das Kapital Bd. I, MEW 23, Berlin
- ders., Das Kapital Bd. II, MEW 24, Berlin
- ders., Das Kapital Bd. III, MEW 25, Berlin
- ders., Theorien über den Mehrwert, Erster Teil, MEW 26.1, Berlin
- ders. Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, Berlin
- ders., Grundrisse, Zur Kritik der politischen Ökonomie, Berlin
- ders., Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, Frankfurt
- Memorandum 1978, Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln
- Müller-Jentsch, W. 1978, Gewerkschaftliche Tarifpolitik gegen Rationalisierungsfolgen, in: O. Jacobi u.a., a.a.O.
- Novy, K. 1979, Wirtschaftswissenschaften, wirtschaftspolitische Alternativen und Wirtschaftsreformpraxis, in: Leviathan 4 / 1979
- O'Connor 1974, Die Finanzkrise des Staates, Frankfurt
- ohne Verfasser, O.J., Göttinger Thesen. Arbeiterbewußtsein, Gewerkschaften und Sozialdemokratie, Göttingen
- ohne Verfasser 1979, Sozialistische Politik und Sozialdemokratie, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, 5 / 1979
- PKA 1977, Der Staat in der BRD, Hamburg
- Rose, K. 1973: Grundlagen der Wachstumstheorie, Göttingen
- SOST 1980a, Eine linke Alternative zum gescheiterten »Modell Deutschland«, in: PROKLA 40, Berlin
- dies. 1980b, Sozialistische Politik im Sozialstaat. Thesen zur strategischen Orientierung der sozialistischen Linken, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 3 / 1980

- dies. 1980c, Vergesellschaftung und Selbstverwaltung. Ansätze zur Umgestaltung der Industrie in der BRD (Teil 1), in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 5 / 1980
- dies. 1980d, Sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik. Programmatische Leitsätze und Kapitalismusanalyse der Linksozialisten in der BRD, Hamburg
- dies. 1978, Sozialdemokratie und Sozialismus. Thesen über die Hegemoniekrise und die Transformation der Sozialdemokratie, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, 6 / 1978
- Schmidt, E. 1978, Arbeitskämpfe 1974 bis 1978 (Ein Überblick), in: O. Jacobi u.a., Gewerkschaftspolitik in der Krise, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977 / 78, Berlin
- Schuhmann, M. 1979, Entwicklung des Arbeiterbewußtseins, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 3 / 1979
- Stamatis, G. 1977, Unreproduktive Ausgaben, Staatsausgaben, gesellschaftliche Reproduktion und Profitabilität des Kapitals. in: PROKLA 28, Berlin
- Streek, W. 1979, Gewerkschaften als Mitgliederverbände. Probleme gewerkschaftlicher Mitgliederrekrutierung, in: J. Bergmann (Hrsg.), Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt